

21.01.2019

Aktuelle Stunde

auf Antrag der Fraktion der AfD

Kommt der „Hard Brexit“ und wie hart wird er für NRW?

Das britische Unterhaus hat am 15. Januar mit deutlicher Mehrheit den zwischen der britischen Premierministerin May und den EU-Unterhändlern ausgehandelten „Brexit-Deal“ abgelehnt.

Da die Regierung des Vereinigten Königreichs mit Schreiben vom 29. März 2017 das Austrittsverfahren gemäß Artikel 50 EUV infolge des Brexit-Referendums ausgelöst hatte, droht nun nach Ablauf der Zweijahresfrist ein EU-Austritt Großbritanniens ohne Abkommen („Hard Brexit“).

Das vorgeschlagene Abkommen war einer Mehrheit der Briten und ihrer Volksvertreter nicht vermittelbar. Es hätte das Vereinigte Königreich in vielen Bereichen weiterhin der EU unterstellt, ohne ihm jedoch ein Mitspracherecht einzuräumen. Der britische Außenminister Boris Johnson merkte an, dass sein Heimatland sich damit zum „Vasallen“ der EU mache und trat gemeinsam mit einer Reihe von Kabinettskollegen von seinem Amt zurück.

Die Bundes- und Landesregierung und ihre jeweiligen Vorgänger taten dabei lange so, als sei dies ein ausschließlich britisches Problem und unterstützten die kompromisslose Verhandlungslinie der EU. Insbesondere war man dagegen, den Briten einen Zugang zum Binnenmarkt zu gewähren, ohne dass umgekehrt volle Personenfreizügigkeit gewährt werden musste.

Mahnende Stimmen, wonach dies die deutsche Exportwirtschaft besonders hart treffen würde, wurden derweil als „europafeindlich“ abgetan. Auch Friedrich Merz, der sogenannte „Brexit-Bbeauftragte“ der Landesregierung, unterstützte nach eigenem Bekunden diese Linie und verstand seine Aufgabe offenbar nur im Anlocken von Unternehmen, die das Vereinigte Königreich verlassen wollen. Und selbst in diesem Bereich ist seine Leistungsbilanz überschaubar.

Auch jetzt, nachdem die Erfolgsaussichten für das von der EU präferierte Abkommen ausgesprochen gering sind, kommen aus Deutschland und Nordrhein-Westfalen keinerlei positive Impulse, etwa die Forderung nach Nachbesserungen beim vorgeschlagenen Abkommen. Vielmehr wird den Briten jetzt geraten, die Volksabstimmung über die EU-Mitgliedschaft zu wiederholen. Dabei ist keineswegs sicher, dass ein neuerliches Referendum

Datum des Originals: 21.01.2019/Ausgegeben: 21.01.2019

ein anderes Ergebnis hervorbringen würde. Auch zeugen solche Ratschläge von einem sehr fragwürdigen Demokratieverständnis.

Immerhin dämmert manchem Verantwortlichen inzwischen, dass die bisherige Arroganz verheerende Folgen für das eigene Land haben könnte. So erklärte der Ministerpräsident im Kölner Stadt-Anzeiger: „Ein chaotischer Brexit könnte [...] viele Arbeitsplätze auch bei uns gefährden, etwa in der Branche der Automobilzulieferer.“

Tatsächlich geht ein Großteil der deutschen Automobilexporte nach Großbritannien, im Falle eines Hard Brexit würden darauf wieder Zölle nach den allgemeinen Regeln der WTO fällig. Besonders stark davon betroffen wäre der in Köln ansässige Autohersteller Ford und natürlich auch die zahlreichen Zulieferer in Nordrhein-Westfalen.

Auch andere Branchen aus NRW würde ein unregelter Brexit stark zu schaffen machen, beispielsweise der Chemieindustrie. Insgesamt ist Großbritannien mit einem Handelsvolumen von 22,3 Milliarden Euro (2016) der viertwichtigste Exportmarkt für unsere Wirtschaft.

Es liegt daher im ureigenen Interesse Nordrhein-Westfalens, sich um faire Austrittsbedingungen für das Vereinigte Königreich zu bemühen, anstatt der bisherigen, ideologischen Verhandlungslinie weiter zu folgen.

Die auch im Koalitionsvertrag hervorgehobenen besonderen Beziehungen unseres Landes zu Großbritannien sind kein Selbstzweck. Sie sichern zehntausende Industriearbeitsplätze und einen erheblichen Teil des Wohlstands in unserer Heimat. Die Landesregierung muss daher engagiert für ein Austrittsabkommen kämpfen, das für alle Vertragsparteien annehmbar ist und dabei weder unsere eigenen Interessen noch die des britischen Volkes auf dem Altar der Ideologie vom „Vereinten Europa“ opfert.

Sven Tritschler
Andreas Keith

und Fraktion